

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 3 · 41. Jahrgang · 14. Wahlperiode · 10.3.2010

Gewonnen

Das „EffizienzCluster Logistik Ruhr“ hat einen bundesweiten Wettbewerb gewonnen. Chancen und Herausforderungen für die starke Branche im Ruhrgebiet diskutierten die Fraktionen im Landtag.

S. 3

Gefragt

Minijobs sind gefragt. Sie sollen eine Brücke in den Ersten Arbeitsmarkt bilden. Über Sinn, Erfolg und die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte bei Minijobs gab es eine kontroverse Debatte.

S. 5

Gesund

Den Sport in Nordrhein-Westfalen halten alle Fraktionen für ausgesprochen wichtig. Im Schwerpunkt dieser Ausgabe erklären die sportpolitischen Sprecher, welche Akzente sie setzen.

S. 9-11

Gefährdet?

Experten machten im Landtag deutlich, dass sie den Nahverkehr für unterfinanziert halten, und erläuterten, was aus ihrer Sicht erforderlich wäre, um die Zukunft von Bus und Bahn zu sichern.

S. 18

**Bunt und vielfältig:
Das Sportland NRW**

Gemeinsam gewinnen

„Dabei sein ist alles“ – was vielen als olympisches Motto gilt, zeigt, welchen Stellenwert der Sport in weiten Teilen der Gesellschaft hat. Weniger die Spitzenerfolge und Siegertreppchen stehen im Vordergrund, als vielmehr Teil eines Ganzen zu sein, den Sportsgeist zu teilen, die Lust an der Bewegung und daran, die eigenen Grenzen zu suchen.

Gerade deshalb, weil sportliche Betätigung keine elitäre Nebenbeschäftigung ist, die nur wenigen offensteht, sondern im Grunde allen, die wollen, ist der Sport eine Art gesellschaftlicher Kitt. Egal, ob Kicken im Hinterhof, ob Hochleistungssport, ob Florett, Fußball oder Flamenco – für alle ist etwas dabei. Auch ohne großen Geldbeutel können etwa Studierende über den Hochschulsport an zahlreichen Aktivitäten teilnehmen. Viele soziale Projekte eröffnen Kindern den Zugang zu einem kostenlosen Sportangebot.

Die Freude am Sport verbindet über Grenzen hinweg. Teamgeist, gemeinsam erzielte Erfolge und Leistungsbereitschaft bringen auch Menschen zusammen, die sonst weniger miteinander zu tun haben. Die soziale Funktion von Sport, die integrative und nicht zuletzt die Bedeutung für die Gesundheit machen deutlich, wie wichtig es ist, dass der Sport nicht aus dem Blickfeld gerät. Zwar sind es im Wesentlichen ehrenamtlich Engagierte, die das rege Vereinsleben in Nordrhein-West-

falen stützen und vorantreiben. Sie brauchen aber auch politische Unterstützung.

BREITE UND SPITZE

Körperliche Bewegung ist zudem angesichts der bei vielen Menschen hohen Arbeitsbelastung ein wichtiger Ausgleich zu Stress und Alltag. Auch lernende Kinder und Jugendliche brauchen Zeiten des Austobens und der körperlichen Anstrengung, um die kognitiven Herausforderungen gut zu meistern.

Im Sport soll aber nicht nur die Breite erreicht, sondern auch die Spitze gefördert werden. Nordrhein-Westfalen kann immer wieder auf eine hohe Anzahl von Olympionikinnen und Olympioniken stolz sein. Spitzen- und Leistungssport bringt dabei nicht nur Erfolge für wenige, sondern kann zudem Begeisterung bei anderen für den Sport auslösen und ist darüber hinaus Werbung für das Sportland NRW. All das ist nicht zu unterschätzen. Es ist daher gut, dass der Landtag auch in Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrise, globaler Erwärmung und Bildungsdiskussionen ein waches Auge auf ein oft unterschätztes Thema hat: den Sport in Nordrhein-Westfalen. *sow*



Schwerpunkt: Sportland NRW

Ring frei für Sportsfreunde 9

Schlag auf Schlag 10-11

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Ruhrgebiet: Gute Planung ist alles	3
Finanzen: Steuergeschenke oder Wachstumsimpulse?	4
Arbeit: Zwischen Beschäftigungschance und Armutsfalle	5
Einheitslasten: Fairer Kompromiss oder Trickseriei? ...	6
Bergbau: Plenum berät über Beirat und Vergütungen	7
Energie: Strom oder kein Strom?	8
Verbraucherschutz: Geldanlage sicherer machen	8

Aus den Ausschüssen:

Landesplanung: Einfacher, flexibler, ökologischer?	13
Meldungen	14
Kommunales: Das Stadtsäckel ist leer	15
Verkehr: Die Weichen stellen	18

Gesetzgebung

Aus den Fraktionen 16-17

Porträt: Edgar Moron (SPD) 19

Impressum 19

Termine 20



Wirtschaftsministerin
Christa Thoben (CDU)



Fotos: Schälte

Manfred Kuhmichel (CDU)

Ralf Witzel (FDP)

Markus Töns (SPD)

Dr. Ruth Seidl (Grüne)

Gute Planung ist alles

Logistikbranche gewinnt Wettbewerb, Parlament berät Perspektiven

3. Februar 2010 – Die Perspektiven der Logistikbranche in der Metropole Ruhr haben dem Parlament Grund zur Freude gegeben. Nachdem das „EffizienzCluster Logistik Ruhr“ einen Wettbewerb des Bundesforschungsministeriums gewonnen hat und nun für die nächsten fünf Jahre Gelder vom Bund und den beteiligten Unternehmen in Höhe von insgesamt 106 Millionen Euro für die Forschung zur Verfügung stehen, ordneten die Landtagsfraktionen diesen Erfolg unterschiedlich ein. Während Abgeordnete von CDU und FDP ihn den von der Landesregierung veränderten Rahmenbedingungen zuschrieben, betonten SPD und Grüne in der Aktuelle Stunde, der Ursprung des Erfolgs liege in ihrer Regierungszeit.

Über „gute Zeiten für das Ruhrgebiet“ freute sich **Manfred Kuhmichel** (CDU). Angesichts von möglichen 4.000 neuen Arbeitsplätzen und einem Marktpotenzial von über 2 Milliarden Euro, das man bis 2015 erschließen könne, bewertete der CDU-Politiker die Entscheidung der Jury als eine tolle Perspektive für das Ruhrgebiet in schwierigen Krisenzeiten. Für diesen Erfolg hätten CDU und FDP die Voraussetzungen geschaffen, etwa durch die Hochschulpolitik, die die Hochschulen wieder wettbewerbsfähig mache. Während die rot-grüne Vorgängerregierung sich „verzettelt“ habe, greife nun eine gezielte Förderpolitik, die die Potenziale des Landes viel besser fördere. Auch weiterhin wolle man alles dafür tun, damit NRW im Jahr 2015 das Innovationsland Nummer eins sei.

Auch **Ralf Witzel** (FDP) freute sich ausdrücklich über den „Gewinn für die gesamte Ruhrregion“, die, noch immer im Umbruchprozess, Krisen zu verarbeiten habe. Er lobte den „bei-

spielloser“ interdisziplinärerer Ansatz der 124 Unternehmen und 18 Forschungseinrichtungen des EffizienzClusters Logistik Ruhr mit Kooperationen weit über die Ruhr hinaus. Dazu komme eine gute Anbindung der „Logistikdrehscheibe“ Ruhrgebiet an nationale und internationale Märkte. Der FDP-Sprecher betonte ebenfalls bessere Rahmenbedingungen, die die Landesregierung geschaffen habe, und gestiegene Landesausgaben für Innovation. Eine Folge sei, dass NRW nun auf Augenhöhe in einer Liga mit den Innovationsländern Bayern und Baden-Württemberg spiele, sagte Witzel nicht ohne Stolz.

Markus Töns (SPD) lobte die „hervorragende Leistung“ des Clusters und begrüßte die Entscheidung. In den 106 Millionen Euro, die der Logistikforschung bis 2015 zur Verfügung stünden, stecke allerdings „kein Euro Landesgeld“, bemerkte er. Zudem falle der Ursprung des Erfolgs in die Zeit der rot-grünen Landesregie-

rung. Möglich gemacht habe ihn die Projekt Ruhr GmbH, und „die haben Sie abgeschafft“. Nun stelle sich heraus, wie erfolgreich die rot-grüne Förderung von Netzwerken gewesen sei. Daher sei der Erfolg für die Logistikbranche im Ruhrgebiet nicht mit der schwarz-gelben Landesregierung, sondern trotz dieser gelungen.

Auch zur dichtesten Forschungslandschaft Europas, die bereits sein Vorredner thematisiert hatte, fragte Töns: „Wer hat’s erfunden?“

Wenngleich sich auch **Dr. Ruth Seidl** (Grüne) über die „gute Nachricht für das Ruhrgebiet“ freute, kritisierte sie, dies sei keine Debatte über Zukunftsperspektiven, wie von CDU und FDP beantragt. Sie bezog sich auf Aussagen des Wettbewerbsgewinners, nach der ökologische Vernunft und wirtschaftliches Handeln zusammengehörten. Ausgehend davon forderte sie von der Landesregierung ein „grünes Logistikkonzept“. Dumpinglöhne ließen sich mit den Erfordernissen an einen starken Logistikstandort und den Menschen, die dafür nötig seien, nicht vereinbaren. Seidl warf der Regierung vor, keine innovativen Konzepte, etwa zur Verkehrslogistik, zu haben. „Nehmen Sie sich ein Beispiel an den Forscherinnen und Forschern des EffizienzClusters!“, schlug sie vor.

Für die Landesregierung gratulierte **Wirtschaftsministerin Christa Thoben** (CDU) den Gewinnern des Wettbewerbs und wünschte ihnen viel Erfolg. Das „beeindruckende Konsortium“ habe die Jury überzeugt, dass das Thema „Logistik 2.0“ in den Vordergrund gerückt werden müsse. Dabei betonte sie die Wichtigkeit, neue Verkehrskonzepte zu entwickeln, die Umwelt und Ressourcen zu schonen und auf neuen Wegen die städtische Versorgung zu sichern. Anders als andere Logistikstandorte verfüge die Metropole Ruhr zudem über logistisches Know-how, das weltweit seinesgleichen suche, lobte die Ministerin. Das Ruhrgebiet müsse sein Licht nicht unter den Scheffel stellen und die Landesregierung werde wie bisher die Anstrengungen der Logistikwirtschaft unterstützen, versprach sie. sow

Steuergeschenke oder Wachstumsimpulse?

Heftiger Schlagabtausch über Steuersenkung für Hotelübernachtungen

4. Februar 2010 – „Schande für Nordrhein-Westfalen“ und „katastrophale Fehlentscheidung“: Die Opposition ging während einer Aktuellen Stunde in Sachen „ermäßigte Steuersätze für Hotelübernachtungen“ mit der Landesregierung hart ins Gericht. Die Regierungsfractionen verteidigten das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ des Bundes, das schließlich zu einer Besserung der wirtschaftlichen Lage beigetragen habe. Stein des Anstoßes für die von SPD und Grünen beantragte Aktuelle Stunde: die unterschiedlichen Regelungen für Übernachtung und Frühstück. Hier will sich die Landesregierung für vereinfachende Ausführungsbestimmungen einsetzen.

Es sei eine „unverfrorene Klientelpolitik“ und ein „Angriff auf die politische Kultur“, kommentierte **Thomas Eiskirch** (SPD) die Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen. Dies habe auch die nordrhein-westfälische Landesregierung mitbeschlossen. Die Folge seien nun „bürokratische Splitrechnungen“ für

zes „vorgebetet“, nun versuche man, angesichts sinkender Umfragewerte von dem entstandenen „Murks“ abzulenken. Ein vorläufiges Aussetzen sei aber keine Lösung, so **Löhrmann**. Aus ihrer Sicht habe nicht nur dieses Gesetz, sondern – mit Blick auf Nordrhein-Westfalen – hätten viele Gesetze der Landesregierung den Praxistest

Diese – auch für den Arbeitsmarkt – guten Daten würden aber durch die von der SPD propagierte „fortschrittliche Steuerpolitik“ mit neuen Steuern gefährdet. Notwendig seien vielmehr weitere Schritte hin zu einem einfacheren und gerechteren Steuersystem.

Statt vom „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ könne man auch vom „Familienförderungsgesetz“ sprechen, so **Angela Freimuth** (FDP). Sie betonte, von den insgesamt notwendigen 8,5 Milliarden Euro seien rund 4,6 Milliarden für Kindergeld und Kinderfreibetrag vorgesehen. Es sei notwendig, auf diesem Weg weiterzugehen und eine grundlegende Steuerstrukturreform zur Vereinfachung des Steuersystems vorzunehmen. Mit Blick auf Hotelübernachtungen erklärte Freimuth, mittlerweile seien in 21 von 27 EU-Mitgliedstaaten die Steuersätze gesenkt worden. Insbesondere den kleinen und mittelständischen Betrieben dürfe hier kein Wettbewerbsnachteil entstehen. Sie dankte der Landesregierung für die aktuelle Initiative zur Entbürokratisierung bei der Umsetzung, insbesondere hinsichtlich der Umsätze in der Gastronomie.



Fotos: Schälte

Thomas Eiskirch (SPD)

Sylvia Löhrmann (Grüne)

Christian Weisbrich (CDU)

Angela Freimuth (FDP)

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU)

Übernachtung und Frühstück. Geschäftsreisende, die nur 4,80 Euro fürs Frühstück abrechnen dürften, könnten nun nicht mehr im Hotel frühstücken. Außerdem belegten aktuelle Statistiken, dass Hotelübernachtungen für Privatpersonen nun eher teurer als günstiger geworden seien. Dies sei eine Politik gegen den kleinen Mann, zum Beispiel den Montagearbeiter, der die Steuergeschenke zum einen über sein Steueraufkommen, zum anderen über eine weiterhin hohe Hotelrechnung bezahlen müsse.

Als „Panikattacke“ wertete **Sylvia Löhrmann** (Grüne) die jüngsten Äußerungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten **Andreas Pinkwart** zur Hotel-Steuersenkung. Vor Verabschiedung hätten die Vertreter der schwarz-gelben Bundes- wie Landesregierung die Vorzüge dieses Geset-

nicht bestanden. Sie seien handwerklich und in der Sache schlecht und landeten regelmäßig vor dem Verfassungsgericht. Daraus folge für die gegenwärtige Regierung: „Sie haben den Praxistext nicht bestanden.“

Sie verliere sich in Kleinigkeiten, antwortete **Christian Weisbrich** (CDU) auf die Angriffe seitens der Opposition. Entscheidend sei, dass man mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz dazu beitrage, dass es wirtschaftlich wieder aufwärts gehe. Rund 82 Milliarden Euro habe dazu die vormalige schwarz-rote Bundesregierung bereitgestellt, zusätzliche 8,5 Milliarden Euro die jetzige schwarz-gelbe Koalition im Bund. Steigende Konjunkturdaten und ein sich aufhellender Geschäftsklimaindex zeigten: „Es geht aufwärts mit der Wirtschaft in Deutschland.“

Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland würden ab dem 1. Januar 2010 um rund 21 Milliarden Euro entlastet, stellte **Finanzminister Dr. Helmut Linssen** (CDU) die für ihn entscheidende Größe der konjunkturellen Maßnahmen dar. Rund 13 Milliarden Euro davon seien in der Großen Koalition zusammen mit der SPD verabschiedet worden; dies seien für die SPD „gute Steuersenkungen“. Rund 8 Milliarden Euro seien unter der aktuellen schwarz-gelben Regierung verabschiedet worden; dies seien für die SPD „schlechte Steuersenkungen“. Die 1 Milliarde Euro Entlastung für die Hoteliers bezeichnete Linssen als Einstieg in die Korrektur des Mehrwertsteuersystems. Mit Blick auf unterschiedliche Sätze für Übernachtung und Frühstück schlage die NRW-Landesregierung vereinfachende Regelungen vor. cw

Foto: Schälte

Zwischen Beschäftigungschance und Armutsfalle

Landtag erörtert Möglichkeiten und Mängel der Minijobs

4. Februar 2010 – Um die Arbeitnehmerrechte in sogenannten 400-Euro-Jobs ging es in einem Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 14/10593). Sie beklagte Missbrauch und fehlenden Erfolg des Arbeitsmarktinstruments und forderte die Landesregierung auf, über Arbeitnehmerrechte in Minijobs aufzuklären und der Gefahr von Ausbeutung mittels einer Stundenhöchstzahl auf Bundesebene entgegenzuwirken. Die Regierungsfractionen betonten hingegen die Chancen von Minijobs und lehnten eine Stundenhöchstzahl ab.

Der Minijob erfülle nicht die gewünschte Funktion, gering qualifizierten Beschäftigten als „Brücke in den ersten Arbeitsmarkt“ zu dienen, kritisierte **Gerda Kieninger** (SPD). Hier fänden sich nämlich Beschäftigte mit qualifizierter Ausbildung wie auch solche, die einen von Sozialabgaben und Steuern befreiten zusätzlichen Nebenjob ausüben wollten. Das Ziel der Minijobs werde also „verfehlt und in manchen Fällen gar pervertiert“. Des Weiteren würden vielen geringfügig Beschäftigten Niedriglöhne gezahlt sowie Rechte wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Kündigungsfristen, Urlaub und Weiterbildung vorenthalten. Notwendig seien daher Mindestlöhne sowie eine Aufklärungskampagne. Die Landesregierung müsse sich außerdem auf Bundesebene für eine gesetzliche Stundenhöchstzahl einsetzen.

Eine faire Entlohnung bezeichnete **Walter Kern** (CDU) als „Grundvoraussetzung für sozialen Frieden“. Aber Minijobs förderten nicht zwangsläufig die Ausweitung des Niedriglohnmarktes. Durch sie kämen Menschen in Arbeit, die sonst keine Beschäftigung fänden. Um sie in den ersten Arbeitsmarkt zu überführen, müsse man dafür sorgen, dass die Wirtschaft wieder „ins Rollen komme“ und Arbeitsplätze schaffe. Um Lohndumping zu vermeiden, habe die Landesregierung im Übrigen durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen mehr als eine Viertelmillion nicht tarifgebunde-

ne Beschäftigte abgesichert. Der CDU-Sprecher erinnerte daran, dass die damalige rot-grüne Bundesregierung die Stundenhöchstzahl 2003 selbst gestrichen habe, um Schwarzarbeit, etwa in Privathaushalten, zu bekämpfen.

Dr. Stefan Romberg (FDP) kritisierte, die SPD habe einen „einseitigen Blick auf die Lebenswirklichkeit von Arbeitnehmern“. Für viele geringfügig Beschäftigte sei der Minijob eine Möglichkeit, „das familiäre Erwerbseinkommen aufzustocken und noch einen Fuß im Berufsleben zu haben“. Der FDP-Sprecher widersprach dem Vorwurf, durch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse würden Vollzeitstellen verdrängt. Minijobs seien vielmehr ein zusätzliches Arbeitsangebot. Einigkeit bestehe allerdings darüber, dass in der Vergangenheit das Ziel der „Brückenfunktion von Minijobs“ nicht optimal erreicht worden sei. Daher hätten CDU und FDP im Berliner Koalitionsvertrag vereinbart, bessere Arbeitsanreize zu schaffen und eine dynamischere und höhere Grenze von sozialversicherungspflichtigen Jobs zu prüfen.

„Es gibt kein Arbeitsverhältnis, das so ausbeutunggefährdet ist wie die geringfügige Beschäftigung“, widersprach **Barbara Steffens** (Grüne). Sie beschrieb Minijobs als armutsgefährdend – heute und wegen entsprechend niedriger Renten auch in Zukunft. Viele Betroffene seien auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen. Die Grünen-Sprecherin war ebenfalls der Meinung,

dass geringfügige Beschäftigung nicht, wie ursprünglich konzipiert, zu einem regulären Beschäftigungsverhältnis führe. Im Gegenteil: Je länger man in einem Minijob arbeite, umso geringer sei die Chance, dort jemals wieder herauszufinden. Vor diesem Hintergrund kritisierte Steffens den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, der auf eine höhere Anzahl der Menschen mit Minijobs hinauslaufe. Die meisten seien Frauen.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) bezeichnete die Minijobs als „ein wichtiges und unverzichtbares Element“ für den Arbeitsmarkt und als „einzig wirklich gelungenen Teil der Hartz-IV-Gesetze“. Um eine Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze zu verhindern, lägen bei 400-Euro-Jobs die Sozialabgaben bei 28 Prozent, das seien 8 Prozent mehr als in regulären Arbeitsverhältnissen. Die Einführung einer wöchentlichen Höchstzahl von zum Beispiel 15 Stunden sei schon damals nicht kontrollierbar gewesen, argumentierte Laumann. Stattdessen verwies auch er auf die durch ihn erklärte Allgemeinverbindlichkeit der Löhne für eine Viertelmillion Arbeitsplätze. Diese Regelung werde sehr wohl verteidigt, beispielsweise über Nachzahlbescheide. sow

Der Antrag (Drs. 14/10593) wurde mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen abgelehnt.

Fairer Kompromiss oder Trickserie?

Deutlicher Meinungsunterschied über Ausgleich der Einheitslasten

3. Februar 2010 – Nach einem Urteil des Verfassungsgerichtshofs muss das Land den Kommunen Geld zurückzahlen, das diese für den Einheitslastenausgleich bereitgestellt haben. Doch wie viel? Hierüber waren sich Regierungsfractionen und Opposition nicht einig. Während CDU und FDP den Entwurf des „Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW“ der Landesregierung (Drs. 14/10125) als fairen Kompromiss bewerteten, argumentierte die Opposition, dieser gehe im Endeffekt doch nur zu Lasten der Kommunen.

Die Landesregierung sei, so **Wolfgang Hüskens** (CDU), ein „verlässlicher Partner der Kommunen“, der Gesetzentwurf eine dauerhafte und seriöse Lösung. Hüskens erläuterte, für das Jahr 2006, nicht aber für 2007 und 2008, habe man sich mit den kommunalen Spitzenverbänden auf einen Wert der von den Kommunen zu viel gezahlten Beträge einigen können. In einer Anhörung seien sich die Sachverständigen einig gewesen, dass sich die Einheitslasten nicht berechnen ließen. Man könne sich aber über eine fiktive Berechnung der entgangenen Einnahmen im Länderfinanzausgleich annähern. Hüskens betonte, dass das Land für die Jahre 2006 bis 2008 auf 365 Millionen Euro verzichte und noch zusätzlich 901 Millionen Euro leiste, womit man den Kommunen insgesamt um 1,3 Milliarden Euro entgegengemasse.

Für falsch hielt **Hans-Willi Körftges** (SPD) die Aussage, die Sachverständigen hätten aufgrund der Nichtberechenbarkeit der Einheitslasten die Methode der Regierung akzeptiert. Was nach der Rechtsprechung und nach den Gesetzesmaterialien tatsächlich als Einheitslast qualifiziert werden könne, hätten zwei von drei Sachverständigen als sehr kritisch gesehen. Sich mit dem „Trick einer fiktiven Berechnung“ heraus-

reden zu wollen, könne kaum jemand nachvollziehen. Dass die Berechnungsmethode der Landesregierung einen Rückforderungsanspruch in Milliardenhöhe bis 2019 zulasten der Kommunen nach sich ziehe, lasse sich weder die kommunale Familie noch die SPD-Fraktion bieten. Die Möglichkeit einer gemeinsamen Lösung mit den Kommunen habe die Landesregierung ausgeschlagen.

Als „planungssichere Basis zur Bestimmung der Einheitslasten“ für die Jahre bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 bezeichnete **Horst Engel** (FDP) den Gesetzentwurf. Bei seiner Entwicklung habe sich die Landesregierung bemüht, die Positionen und Gutachten gegeneinander abzuwägen und eine „konsensorientierte Lösung“ zu finden. Aufgrund der enormen Meinungsunterschieden zwischen den beteiligten Fachleuten sei eine solche Lösung am Ende aber nur bedingt möglich gewesen, verwies der FDP-Sprecher auf den Dissens für die Jahre 2007 und 2008. Die vorgeschlagene Kompromisslösung berücksichtige die unterschiedlichen Sichtweisen. Außerdem verzichte das Land auf Rückzahlungsansprüche in Höhe von 53 Millionen Euro gegenüber denjenigen Kommunen, die bisher zu wenig gezahlt hätten.

Kritik an der Berechnungsart der Landesregierung äußerte **Horst Becker** (Grüne). Diese werde in einer Art und Weise angewendet, dass sie ab 2009 nicht mehr wirken werde. Den Verzicht der Rückzahlungsansprüche gegen die Kommunen schrieb der Grünen-Sprecher dem Umstand zu, dass sich die Landesregierung dem „Entrüstungsturm der kommunalen Familie nicht auch noch vor der Wahl“ aussetzen wolle. Der vorliegende Gesetzentwurf bedeute, dass das Land für die Jahre 2007 und 2008 gemessen an seiner eigenen Systematik „überzahle“, um anschließend den Kommunen wieder nach altem Verfahren „in die Tasche“ zu greifen. Dieses Verfahren sei aber „von allen anderen Wissenschaftlern zerrissen worden“ und werde nach Beckers Ansicht in einem wahrscheinlichen Gerichtsverfahren nicht bestehen.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) betonte, dass keiner der Sachverständigen den Gesetzentwurf für verfassungswidrig gehalten habe. Nur ein Experte habe auf verfassungsrechtliche Risiken hingewiesen, diese gebe es aber bei jedem Gesetz. Außerdem habe der Verfassungsgerichtshof keine festen Vorgaben hinsichtlich einer Berechnungsmethodik gemacht. Weiter verwies Wolf darauf, dass es, auch nach Aussage der Sachverständigen, „keine exakte Bemessungsmöglichkeit auf Heller und Pfennig“ gebe. Alles in allem sei dieser Gesetzentwurf aber ein fairer Ausgleich zwischen Land und Kommunen, der sich sehen lassen könne. Zuerst würden die drei letzten Jahre abgerechnet. Dann werde man sich mit dem nächsten Abrechnungsgesetz beschäftigen, kündigte der Minister an. CW

Der Gesetzentwurf (Drs. 14/10125) wurde am 3. Februar in zweiter Lesung und am 4. Februar in dritter Lesung mit Koalitionsmehrheit gegen die Stimmen der SPD und Grünen angenommen.



In Brüssel gewählt

9. Februar 2010 – Die deutsche Delegation im Ausschuss der Regionen (AdR) der Europäischen Union hat den Landtagsabgeordneten Werner Jostmeier (CDU) in Brüssel zum neuen Vorsitzenden gewählt. Im AdR vertreten 344 Landespolitiker, Abgeordnete von Regionalparlamenten, Bürgermeister und Landräte die regionalen und lokalen Interessen in den Entscheidungsprozessen der EU. Die deutsche Delegation gehört mit 24 Mitgliedern zu den stärksten Delegationen im AdR, der mit dem Vertrag von Lissabon weitere Gestaltungskompetenzen und Mitspracherechte in Europa erhält. Im AdR nimmt Jostmeier (r.) das Mandat für Nordrhein-Westfalen wahr. Das Foto zeigt ihn gemeinsam mit dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Dr. Edmund Duckwitz. Der Diplomat nahm als Gast an der ersten Sitzung der deutschen AdR-Delegation in der neuen Mandatsperiode teil.

Foto: Wuwer

Landtag hält Bergbau- Beirat für sinnvoll ...

... und begrüßt Kürzung der Aufwandsentschädigungen

3. Februar 2010 – Der Regionalbeirat der Ruhrkohle AG (RAG), seine Zusammensetzung, seine Aufgaben und die dafür gezahlten Vergütungen waren Thema eines Antrags der Grünen (Drs. 14/10625), dem die SPD beigetreten war. Übereinstimmung unter den Fraktionen gab es mit Blick auf die von der RAG deutliche Kürzung der Vergütungen, Unterschiede hinsichtlich der künftigen Zusammensetzung des Gremiums.

Mehr Transparenz forderte **Reiner Priggen** (Grüne) für die Nebeneinkünfte der Abgeordneten. Es sei richtig, das Instrument der Beiräte, insbesondere auch im Bereich des Bergbaus, zu nutzen, um dort offen über wichtige Sachfragen zu diskutieren. Zahlungen an Abgeordnete als Mitglieder solcher Beiräte müssten aber mit dem konkreten Betrag ausgewiesen werden. Der Grüne regte in diesem Zusammenhang an zu prüfen, ob nicht doch Obergrenzen festgelegt werden müssten. Außerdem stelle sich die Frage der Gegenleistungen für die Vergütungen. Priggen warnte vor Versuchen, „die Landschaft politisch ein Stück weit zu steuern“, dies müsse man der RAG negativ anrechnen. Gerade mit Blick auf den Regionalbeirat der RAG sei es überdies wichtig, den Kreis um eine Vertretung der Bergbaugeschädigten zu erweitern.

Carina Gödecke (SPD) erklärte die Zustimmung ihrer Fraktion zum Antrag der Grünen. Es sei gut und richtig, dass es zum Beispiel im Bergbau

eine Einrichtung gebe, „die für eine Verankerung der erforderlichen Anpassungsprozesse in der Region“ Sorge. Allerdings habe die Frage der Ausgestaltung der Gremien des Regionalbeirats bei der RAG bzw. der RAG-Stiftung gelegen. Gödecke forderte, dass der Landtag als einbezogene Institution seine Erwartungen an die zukünftige Zusammensetzung formuliere. Aus ihrer Sicht sei eine Ausweitung des Regionalbeirats um eine Vertretung der Gewerkschaftsseite notwendig. Dies sei wegen der Auswirkungen des Anpassungsprozesses auf Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse sinnvoll und notwendig. Ebenfalls einbezogen werden sollten die Bergbaubetroffenen, meinte sie.

Die Höhe der bisher gezahlten Aufwandsentschädigungen sei angesichts der beratenden Tätigkeit unangemessen gewesen, erklärte **Oliver Wittke** (CDU). Die CDU begrüße ausdrücklich die Beschlüsse der RAG, die hohen Zahlungen einzustellen und des Weiteren zukünftig alle im

Landtag vertretenen Fraktionen in den Beirat einzubeziehen. Damit seien zwei Punkte des vorliegenden Antrags bereits umgesetzt. Der CDU-Sprecher wandte sich allerdings gegen die Einbeziehung der Gewerkschaft, die bereits im Aufsichtsrat alle Informationen erhalte, wie auch der Bergbaugeschädigten. Man könne eben keine „potenziellen Kläger“ beteiligen, wenn es im Beirat um „sensible“ Daten gehe. Die Interessen der Betroffenen würden ja vom Landtag, insbesondere vom Unterausschuss für Bergbausicherheit, ernst genommen.

Als „völlig unangemessen“ bewertete auch **Dietmar Brockes** (FDP) die Größenordnung der bisher gezahlten Aufwandsvergütungen. Es handle sich immerhin nur um ein „reines Beratungsgremium“ ohne Verantwortung und ohne Entscheidungskompetenz, das mit einem Aufsichtsrat nicht zu vergleichen sei. Der FDP-Sprecher begrüßte ebenfalls die jüngsten Beschlüsse der RAG zum Regionalbeirat, insbesondere hinsichtlich der angestrebten Überparteilichkeit. Die FDP sei gerne bereit, ihren Rat in dieses Gremium einzubringen. Allerdings sei sie nicht bereit, um die Teilnahme zu betteln, kommentierte Brockes die Forderung nach Beschlüssen des Landtags hinsichtlich der Erweiterung des Beirats. Insgesamt sah er den Antrag der Grünen durch die „richtigen und vernünftigen Entscheidungen der RAG“ als erledigt an.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) begrüßte, dass der Landtag sich zum Regionalbeirat positioniere. Dieser beschäftige sich mit Fragen, die sich mit dem Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau ergäben. Es sei wichtig, dass das Unternehmen Ruhrkohle AG die Belange der betroffenen Kommunen berücksichtige. Thoben hielt den im Antrag geforderten Verzicht auf die Vergütung durch die Entscheidung der RAG für überholt. Was die Zusammensetzung des Regionalbeirats betrifft, verwies die Ministerin mit Blick auf die Gewerkschaft auf die Möglichkeit, über andere Gremien die entsprechenden Informationen zu erhalten bzw. Einfluss zu nehmen. Für die Bergbaugeschädigten stünde hier der Landtag mit seinem entsprechenden Unterausschuss wie auch die Schlichtungsstelle Bergschäden zur Verfügung. cw

Der Antrag der Grünen (Drs. 14/10625), dem die SPD beigetreten war, wurde mit Regierungsmehrheit abgelehnt.



Strom oder kein Strom?

Rechnung Debatte über Betätigung der Stadtwerke auf dem Energiemarkt

3. Februar 2010 – Stadtwerke liefern unter anderem Strom. Diejenigen, die in NRW beheimatet sind, sind dabei eigentlich auf ihr Versorgungsgebiet begrenzt. Die Grünen wollen über einen Gesetzentwurf (Drs. 14/10585) und Hinweis auf ein aktuelles Gutachten des Wirtschaftsministeriums diese Beschränkung abschaffen. Die SPD, die einen eigenen Entschließungsantrag vorlegte (Drs. 14/10633), unterstützt dies. Die CDU verlangt eine gründliche Prüfung der Materie, die FDP befürchtet die Eröffnung eines „Kasinos für kommunalwirtschaftliche Zockerei“.

Stadtwerke aus NRW seien auf dem Energiemarkt im Wettbewerb mit Privatanbietern, aber auch Stadtwerken aus anderen Bundesländern benachteiligt, kritisierte **Horst Becker** (Grüne). Diese „unhaltbare Benachteiligung“ müsse beendet werden. Daher appellierte Becker an die Regierungsfractionen, insbesondere die CDU, auf der Grundlage des vorliegenden Gutachtens schnell gesetzgeberisch tätig zu werden.

„Stärkerer Wettbewerb“ auf dem Energiemarkt sowie länderübergreifende Chancengleichheit sei

auch das Ziel der CDU, betonte deren Sprecher **Oliver Wittke**. Vor einem möglichen Gesetz müsste aber noch eine Reihe von Fragen in Ruhe und Sachlichkeit geklärt werden, zum Beispiel, wie man die Kommunen auf die Daseinsvorsorge beschränken und gleichzeitig eine energiewirtschaftliche Öffnung erreichen könne.

Die Landesregierung, vertreten durch Wirtschaftsministerin Thoben, habe endlich die richtigen Schlussfolgerungen gezogen, kommentierte **Hans-Willi Körfges** (SPD). Es sei richtig,

die Frage der Örtlichkeit und der Begrenzung des Versorgungsgebiets anzugehen; NRW-Stadtwerke müssten bundesweit antreten dürfen. Dies könne man nun mit großer Mehrheit umsetzen, wandte sich **Körfges** an die CDU.

Die 2007 reformierte Gemeindeordnung habe verhindern sollen, dass Kommunen ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in Bereiche ausdehnten, in denen private Unternehmen besser arbeiteten, meinte **Dietmar Brockes** (FDP). Kommunale Energieversorger seien von diesen verschärften Regelungen aber weitgehend ausgenommen. Bei der Abwendung von ihren Kernaufgaben gingen sie „hohe Risiken“ ein, warnte der FDP-Sprecher.

Gegen „übereilte Entscheidungen“ und „Aktionismus“ wandte sich **Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter** (CDU) in Vertretung von Innenminister Wolf. Der vorliegende Gesetzentwurf lasse viele Fragen offen, etwa ob schon ein öffentlicher Zweck gegeben sei, wenn die Gemeinde die außerhalb erzielten Erträge für ihre lokalen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung verwende. Dies müsse vor gesetzlichen Maßnahmen gründlich geprüft werden. CW

Der Gesetzentwurf der Grünen (Drs. 14/10585) sowie der Entschließungsantrag der SPD (Drs. 14/10633) wurden an den Kommunalausschuss überwiesen.

Geldanlage sicherer machen

Neues Finanzdienstleistungsrecht auf dem Prüfstand

4. Februar 2010 – Die Finanzmarktkrise brachte zutage, was viele Verbraucherinnen und Verbraucher schon lange verunsicherte: Die Kombination aus immer mehr Angeboten und einer Beratung, die sich am Produkt statt am Kunden orientiert, birgt ein großes Risikopotenzial. Einig waren sich die Fraktionen, dass etwas geschehen müsse – uneinig allerdings darüber, was im Einzelnen. Dementsprechend kontrovers verlief die Debatte zu einem entsprechenden Antrag von CDU und FDP (Drs. 14/10591).

Verbraucherinnen und Verbraucher stünden einem unübersichtlichen Finanzmarkt gegenüber, so **Peter Kaiser** (CDU). Um finanzielle Risiken zu vermeiden, sollen nach dem Willen der CDU die Finanzdienstleister über ihre Produkte zukünftig verpflichtend umfassende, verständliche und vor allem vergleichbare Informationen liefern.

Fehlende Qualität bei Beratung, Vorrang des Produktverkaufs vor Kundeninteresse und

kurzfristiges Erfolgsdenken prangerte **Holger Ellerbrock** (FDP) an. Er forderte, das Finanzgewerbe müsse in einem Jahr ein konsistentes, in sich geschlossenes Finanzdienstleistungsrecht zum Verbraucherschutz vorlegen. Andernfalls solle der Staat aktiv werden.

Information und Transparenz seien wichtig, meinte **Svenja Schulze** (SPD). Um unabhängige und qualifizierte Beratung sicherzustellen, müsste man aber z. B. die Kapazitäten der Ver-

braucherzentralen erhöhen. Eine solche Stärkung der „Marktwächter“ sehe der Antrag aber nicht vor, deshalb könne man ihn nicht unterstützen, so die SPD-Sprecherin.

Falsche Information habe mit zur Finanzmarktkrise geführt und dieses Verhalten habe auch heute noch zugenommen, betonte **Johannes Remmel** (Grüne). Der Antrag benenne aber nicht die Instrumente, die notwendig seien, um „den Sumpf systematisch trocken-zulegen“: lange Haftungszeiten, einen Finanzmarkt-TÜV, eine unabhängige Finanzüberwachung.

Zunehmende Intransparenz auf dem Finanzmarkt schaffe neue Abhängigkeiten, analysierte **Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg** (CDU). Der Vertrieb von Finanzdienstleistungen müsse so gestaltet werden, dass Transparenz und Fairness gewährleistet werde. Daher habe diese Landesregierung die Verbraucherzentralen personell wie finanziell gestärkt. CW

Der Antrag der CDU (Drs. 14/10591) wurde mit Regierungsmehrheit angenommen.

Ring frei für Sportsfreunde

Fraktionen würdigen den Hochschulsport und streiten über Erfolgsursachen

3. Februar 2010 – Auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 14/10590) hat sich der Landtag mit dem Thema Hochschulsport befasst. Alle Fraktionen benannten wichtige Funktionen des Sportangebots an Hochschulen und begrüßten in der Sache die Zielsetzungen des Antrags: Die Landesregierung solle die Hochschulen dabei helfen, ihr jeweiliges Sportangebot als Merkmal in ihr Leistungsprofil mit aufzunehmen, sie solle finanzielle Unterstützung leisten, auch beim Ausbau der Sportstätten. Unterschiedliche Ansichten gab es allerdings darüber, wer für den Erfolg des NRW-Hochschulsports verantwortlich sei: die Landesregierung, die Vorgängerregierung oder die Akteurinnen und Akteure an den Hochschulen selbst?

Der Hochschulsport sichere die Vielfalt der Sportlandschaft und bereichere den Spitzensport, lobte **Marie-Theres Ley** (CDU). Weil er außerdem fachübergreifende Zusammenarbeit ermögliche, die Bindung der Studierenden an die Hochschule stärke und ihnen als Ausgleich zum Prüfungsstress diene, verstand die Abgeordnete den Hochschulsport auch als wichtigen Standortfaktor. Insgesamt seien die Studierenden in NRW so zufrieden mit dem Hochschulsport wie sonst nirgends in Deutschland. Bei den Sportstätten müsse allerdings nachgebessert werden, meinte Ley und schlug Kooperationen mit örtlichen Sportvereinen vor. So könnten Kosten auf mehreren Schultern verteilt werden.

„Unser Ziel ist es“, erklärte **Christof Rasche** (FDP), „die Nachfrage nach Sportangeboten an den Hochschulen mittelfristig zu verdoppeln“. Schon heute erreiche der Hochschulsport pro Woche durchschnittlich gut ein Viertel der Studierenden. Um „die erfolgreiche Verbindung zwischen Studium und Spitzensport“ weiter zu stärken, habe die Koalition die Rahmenbedingungen für die sogenannte duale Karriere deutlich verbessert. CDU und FDP wollten das Profil des Hochschulsports

konsequent ausbauen, erklärte Rasche und erinnerte an erhöhte Landesmittel für die Sportförderung. Gemeinsam mit Partnern wolle man dafür sorgen, dass NRW das Sportland Nummer eins bleibe.

„Schwarz-Gelb legt heute eine gute Forderung vor“, erkannte **Uwe Leuchtenberg** (SPD) an, „allerdings mit einer schlechten Begründung“. Die SPD-Fraktion bearbeite das Thema schon lange, werde aber von CDU und FDP blockiert. Drei Jahre „Nichtstun“ warf er ihnen vor und bezeichnete den Hochschulsport, wie auch sein Vorredner, als unerlässlich. Er werte das universitäre Leben und Lernen maßgeblich auf, rege zu sozialen Kontakten an. Als gute Rahmenbedingungen für den Spitzensport forderte Leuchtenberg zum einen die optimale Anbindung an entsprechende Trainingsstätten und zum anderen Studienbedingungen, unter denen Studium und Spitzensport miteinander vereinbar seien.

Die gute Situation des Hochschulsports sei keine Leistung der schwarz-gelben Landesregierung, meinte **Ewald Groth** (Grüne), sondern der „hoch motivierten und qualifizierten Akteure des Hochschulsports selbst“ zu verdanken. Die Verankerung des Leistungssports an den Hochschulen durch Beauftragte habe im Übrigen die rot-grüne Vorgängerregierung geschaffen. Den Fraktionen von CDU und FDP warf der Grüne vor, Leistungsbilanzen vorzutauschen, die es nicht gebe. Zudem fragte er sie, warum sie die – richtigen – Forderungen nicht schon früher erhoben hätten. Sanierung und Neubau von Hochschulsporteinrichtungen seien in dieser Legislaturperiode völlig vernachlässigt worden.

Die Landesregierung habe die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Studium und Spitzensport deutlich verbessert, entgegnete **Hochschulminister Prof. Andreas Pinkwart** (FDP). Der Antrag füge sich nahtlos in die bisherigen Aktivitäten der Landesregierung ein. Der Minister verwies auf ausreichende Finanzmittel und sagte den Hochschulen Unterstützung zu, um auch auf private Geldgeber zuzugehen. Er betonte, der Hochschulsport erfülle wichtige Funktionen als Standortfaktor, aber auch für die Studierenden als Ausgleich zum Studium, als Vermittler von Gesundheitsbewusstsein, Identifikation und kultur- wie fächerübergreifendem Teamgeist und als Kommunikationsplattform. sow

Den Beschlüssen des Antrags (Drs. 14/10590, II.) stimmte das Parlament einstimmig zu. Den übrigen Teil des Antrags beschlossen die Abgeordneten mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen. Ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 14/10634) wurde mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Eine Mannschaft des Hochschulsports bei der Deutschen Meisterschaft.



Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Holger Müller (CDU)



Hans Theo Peschkes (SPD)



Unter dem „Sportland NRW“ verstehe ich die Nr. 1 im Sport in Deutschland!

... ein Land, wie es sein sollte: in der Breite gut aufgestellt und in der Spitze immer mit dabei. Leider wird von der schwarz-gelben Landesregierung in jedem Jahr die Finanzierung des Breitensports in den Vereinen in Frage gestellt. Das werden wir nach den Wahlen im Mai ändern!

Sport macht nicht nur Spaß, sondern erfüllt auch wichtige Funktionen. Für besonders wichtig halte ich Gesundheit, Gemeinschaft und Integration.

... die Überwindung von Grenzen. Die Grenzen sozialer und ethnischer Herkunft, Grenzen zwischen Jung und Alt, zwischen arm und reich. Der Sport tut viel dafür, dass unser Land zusammenhält. Sport schafft Symbole und Vorbilder, fördert Fairness. Und Sportler vertreten auch unser Land.

Die vielen Sportvereine in Nordrhein-Westfalen haben die Aufgabe durch ihre vielfachen Angebote die Menschen in unserem Lande zur eigenen Bewegung zu veranlassen!

... für ihre Mitglieder und die Sportarten einzutreten. Die Politik muss sie dabei unterstützen, für ordentliche Rahmenbedingungen sorgen und die Vereine für Ideen begeistern. Denn Sportvereine prägen das Zusammenleben in der Gemeinschaft vor Ort.

Ohne das ehrenamtliche Engagement wäre der Breitensport in Nordrhein-Westfalen am Ende!

... seinem Standbein beraubt. Ehrenamtliche sind notwendiger Teil einer sozialen Gesellschaft. Vor Ort und in den Gremien setzen sich diese Menschen mit ihrem Engagement für ein soziales Miteinander ein. Leider erfahren die Ehrenamtlichen nicht immer die Anerkennung, die sie verdienen.

NRW tut gut daran, gezielt den Leistungssport zu fördern, weil hervorragende Sportler durch ihre Erfolge vor allem jungen Menschen als Vorbilder dienen.

... der Leistungssport ein Aushängeschild für die Sportarten und das ganze Land ist. Die tollen Leistungen unserer Sportlerinnen und Sportler motivieren natürlich auch Jung und Alt, selbst aktiv zu sein. Der Leistungssport hat eine große Ausstrahlung auf den Breitensport.

Beim Schulsport wird in Zukunft darauf zu achten sein, motorische Tests in den Klassen 2 und 4 der Grundschule möglichst flächendeckend einzuführen.

... dass er mindestens in dem Umfang stattfindet, wie er vorgesehen ist. Die Wichtigkeit des Sports für die Lernbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Kinder ist längst wissenschaftlich nachgewiesen. Deswegen brauchen wir mehr Schulsport anstatt des ständigen Unterrichtsausfalls.

Die Situation beim Hochschulsport bewerte ich als grundsätzlich gut, aber ausbaufähig!

... unbefriedigend. Obwohl sowohl die Studierenden als auch die Beschäftigten an den Hochschulen Sport treiben wollen, fehlen an vielen Standorten aber die Möglichkeiten dazu. Hier müssen wir dringend investieren.

Diesmal geht es um den Sport.

Christof Rasche (FDP)



... den herausragenden Standort des Breiten- und Leistungssports in Deutschland, in dem über 5 Millionen Mitglieder in über 20.000 Vereinen mit der Vielfalt ihrer Angebote und dem tausendfachen ehrenamtlichen Engagement ein unverzichtbares Rückgrat der Gesellschaft bilden.

... dass der Sport für alle Menschen einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Gesundheit leisten kann. Und wie kaum ein anderer Bereich kann der Sport die unterschiedlichsten Menschen miteinander verbinden, unabhängig von der Herkunft oder sonstigen persönlichen Einstellungen.

... die Menschen jedes Alters und jeder Herkunft zusammenzubringen und für den Sport zu begeistern. Dabei können sie gerade auch jungen Menschen Teamfähigkeit, Leistungswillen, Gemeinschaftsgefühl, Engagement und natürlich auch den Spaß am Sport vermitteln.

... nicht zukunftsfähig. Mein Engagement u. a. als Vorsitzender des Stadtsportverbands Erwitte zeigt mir immer wieder, wie wichtig und unverzichtbar der ehrenamtliche Einsatz der Menschen für den Sport vor Ort ist. Gerade Jugendlichen müssen wir ehrenamtliche Arbeit als Selbstverständnis vermitteln.

... der Leistungssport Vorbildcharakter hat. Der Leistungssport bringt die Fans auf Großveranstaltungen zusammen und dient für die Veranstaltungsorte als Werbe- und Wirtschaftsfaktor. Daher engagiere ich mich auch aus Überzeugung für die Förderung des Leistungssports in der Sportstiftung NRW.

... dass die zusätzlich geschaffenen 8.124 Lehrerstellen auch dem Schulsport zugute kommen. Für Kinder ist es wichtig, dass sie in jungen Jahren ein positives Verhältnis zur Bewegung und zum Sport entwickeln. Und ich möchte, dass die Schulen und die Sportvereine intensiv miteinander kooperieren.

... positiv, da die Zufriedenheit der Studierenden mit dem Sportangebot an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen als führend in Deutschland ermittelt wurde. Hierauf müssen wir weiter aufbauen und auch den Sport an den Hochschulen als wichtigen Standortfaktor kontinuierlich stärken und ausbauen.

Ewald Groth (Grüne)



... dass sich die Politik auf kommunaler und auf Landesebene gemeinsam mit den Sportverbänden, den Sportbünden und dem Landessportbund um die Interessen des organisierten und des unorganisierten Sports aufmerksam kümmern. Dazu gehört Verlässlichkeit in der Förderung und der konzeptionellen Fortentwicklung.

... die gesunderhaltende Wirkung für die Sporttreibenden und die integrative Wirkung für die Gesellschaft allgemein. Dabei geht es nicht nur um Integration von Menschen mit Behinderungen, sondern auch um junge und alte Menschen sowie Menschen aus allen sozialen Schichten und unterschiedlichster ethnischer Herkunft.

... das Sporttreiben der fast 5 Millionen Vereinsmitglieder vielfältig, attraktiv und spannend zu organisieren. Da es sich um eine Selbstorganisation von Ehrenamtlichen handelt, verdienen und brauchen die Vereine jede Unterstützung.

... nicht denkbar!

... gerade junge SportlerInnen, die sich noch in der schulischen und beruflichen Ausbildung befinden, unter der Mehrfachbelastung leiden. Leistungssportförderung muss sicherstellen, dass es in den Wettkämpfen fair und dopingfrei zugeht.

... dass neben modernen Schulsportstätten auch tatsächlich genügend Sportlehrkräfte bereitgestellt werden, damit nicht nur die vorgeschriebene Stundenzahl auch tatsächlich erreicht wird, sondern auch immer mehr Schulen eine tägliche Sportstunde anbieten können.

... verbesserungsbedürftig. Insbesondere an Fachhochschulstandorten, an denen keine Universitäten angesiedelt sind, muss das Hochschulsportangebot ausgebaut werden. Auf den Ergebnissen der vielfältigen Woche des Hochschulsports dürfen wir uns nicht ausruhen. Auch in diesem Bereich müssen die Sportstätten ausgebaut und saniert werden.

Idee und Umsetzung:
Sonja Wand

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/10690	Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen in NRW – VKZVKG, LR	Vorschlag: Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform	1. Lesung 9.3.2010	14/10405	Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes NRW, LR	Ausschuss für Gesundheit und Soziales	2. Lesung 9.3.2010
14/10641	Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Zuständigkeiten im Zuge der Baurechtsschaffung und Bauausführung für den Lückenschluss der Bundesautobahn A 1 zwischen Lommersdorf und Adenau, LR	Vorschlag: Überweisung an den Hauptausschuss	1. Lesung 9.3.2010	14/10379	Änderung des Abgeordnetengesetzes, GRÜNE	Hauptausschuss	2. Lesung 11.3.2010
14/10585	Gesetz zur Stärkung der Stadtwerke im Energiemarkt – Stadtwerkrettungsgesetz (StaRG), GRÜNE	Ausschuss für Kommunalpolitik (federführend) sowie Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	Ausschussberatung 17.3.2010	14/10358	Gesetz zur Änderung der Verfassung NRW („Schuldenbremse“), LR	Hauptausschuss	Ausschussberatung 13.3.2010, 2. Lesung ggf. 24./25.3.2010
14/10536	Gesetz zur Änderung gesetzlicher Befristungen im Zusammenhang mit der ländlichen Bodenordnung, LR	Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	2. Lesung 9.3.2010	14/10149	Änderung des Landschaftsgesetzes etc., CDU/FDP	Umweltausschuss	2. Lesung 10.3.2010
14/10521	Einführung einer Abgabe auf die Entnahme von Kiesen und Sanden in Nordrhein-Westfalen, GRÜNE	Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	2. Lesung 24./25.3.2010	14/10145	Änderung des Nachbarrechtsgesetzes, GRÜNE	Rechtsausschuss (federführend), Bauausschuss	2. Lesung 10.3.2010
14/10406	Hinterlegungsgesetz und Gesetz zur Änderung landesrechtlicher Vorschriften, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung 9.3.2010	14/10144	Abschaffung der Studiengebühren, GRÜNE	Wissenschaftsausschuss	Ausschussberatung 18.3.2010, 2. Lesung 24./25.3.2010
				14/10088	Änderung des Landesplanungsgesetzes, LR	Wirtschaftsausschuss	2. Lesung 10.3.2010
				14/10028	Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts, LR	Kulturausschuss	2. Lesung 9.3.2010
				14/9956	Bau- und Liegenschaftsbetriebsgesetz, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 10.3.2010
				14/9417	Änderung des Pressegesetzes, LR	Hauptausschuss	Beratung läuft
				14/9265	Änderung des Landesplanungsgesetzes, GRÜNE	Wirtschaftsausschuss	s. a. 14/10088
				14/272	Änderung des Personalvertretungsgesetzes, SPD	Rechtsausschuss	Ausschussberatung 17.3.2010, 2. Lesung 24./25.3.2010

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung - am 3./4. Februar 2010 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
14/10442	Änderung des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 3.2.2010	angenommen
14/10435	Änderung des Hafensicherheitsgesetzes	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 3.2.2010	angenommen
14/10209	Gesetz über Modellversuche zur Weiterbildung der Berufe in der Alten- und Krankenpflege etc.	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 3.2.2010	angenommen
14/10162	Gesetz zur Änderung des Landesfischereigesetzes	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 3.2.2010	angenommen
14/10125	Abrechnung der Lasten der Deutschen Einheit	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 3.2.2010 3. Lesung 4.2.2010	angenommen
14/10089	Änderung des Polizeigesetzes des Landes NRW	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 3.2.2010	angenommen
14/9908	Änderung des Hochschulgesetzes	GRÜNE	2. Lesung 3.2.2010	abgelehnt
14/9386	Modernisierung des Sicherheitsrechts	SPD	2. Lesung 3.2.2010	abgelehnt

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Einfacher, flexibler, ökologischer?

Lob und Kritik für geplantes neues Landesplanungsrecht

Der Standort von Kraftwerken muss ebenso geplant werden wie Wohn- und Freizeitbereiche.

Foto: EON

2. Februar 2010 – Unser Lebensraum soll bestmöglich genutzt werden. Dabei sind unterschiedliche Anforderungen zu berücksichtigen, zum Beispiel die Interessen des Wohnens, des Produzierens, der Freizeitgestaltung, des Umweltschutzes. Planung ist also notwendig. So gibt es ein Raumordnungsgesetz des Bundes, das seit dem 30. Juni 2009 auch in den Bundesländern unmittelbar gilt. Das ergänzende Landesrecht existiert in NRW in Form eines Landesentwicklungsprogramms (LEPro) und eines Landesentwicklungsplans (LEP). Durch eine Novellierung des Landesplanungsrechts soll beides nunmehr zusammengefasst werden. Des Weiteren plant die Landesregierung, dass Regionalpläne zukünftig Geltung erlangen, wenn ihnen nicht drei Monate nach Vorlage widersprochen wird (Anzeigeverfahren, „Genehmigungsfiktion“). Zur Gesetzesvorlage der Landesregierung (Drs. 14/10088) hörte der Wirtschaftsausschuss (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) Verbände und Fachleute.

Die Verringerung des Flächenverbrauchs war erster Themenkomplex der Anhörung. Hier nahmen die Sachverständigen Bezug auf die Initiative der Landesregierung „Allianz für die Fläche – NRW begrenzt den Flächenverbrauch“ sowie auf das Ziel der Bundesregierung, die tägliche Flächenversiegelung auf 30 Hektar zu begrenzen. So unterstützten die gemeindlichen Spitzenverbände, vertreten durch Michael von der Mühlen, zwar die entsprechenden Bemühungen, forderten aber, dass den Städten und Gemeinden bei der Planung eine „notwendige Flexibilität“ eingeräumt werde. Heinz-Dieter Klink (Regionalverband Ruhr) hob die Möglichkeit hervor, Planungsvielfalt durch einen einheitlichen Regionalen Flächennutzungsplan zu ersetzen. Für gesetzliche Regelungen in Sachen Flächenverbrauch sprachen sich die Vertreter der Naturschutzverbände, Dirk Jansen und Josef Tumbrinck, aus. Ihre Anforderungen an einen neuen Landesentwicklungsplan sehen nicht nur ein 30-Hektar-Ziel, sondern bis 2025 eine Rückführung „auf Null“ vor, verbunden mit gesetzlich verankerten Überwachungsmöglichkeiten.

Die zweite Frage betraf die Zusammenführung von Landesentwicklungsplan (LEP) und Landesentwicklungsprogramm (LEPro). Dies bedürfe der Überführung der programmatischen Zielaussagen des LEPro und der raumbezogenen Inhalte des LEP in ein schlüssiges

Planungsinstrument, meinte von der Mühlen. Eine kommunale Beteiligung an dieser Diskussion war für ihn selbstverständlich. Durch den vorliegenden Entwurf des Landesplanungsgesetzes würden LEPro und LEP noch nicht zusammengeführt, so Dr. Susan Grotefels vom Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster. Es sei nachvollziehbar, dass die im LEPro zurzeit enthaltenen Festlegungen bis zum endgültigen Beschluss des LEP 2025 weiterhin wirksam sein sollten. Zur Klarstellung könnte in das jetzt vorliegende Gesetz eine entsprechende Befristung des LEPro aufgenommen werden. Deutliche Abschwächungen durch die Zusammenlegung von LEPro und LEP hinsichtlich der Umwelt- und Naturschutzstandards sowie eines effizienten Umgangs mit Energie befürchteten jedoch die Naturschutzverbände.

SCHNELLERE VERFAHREN?

Dritter Punkt der Anhörung war das Vorhaben, das Genehmigungsverfahren durch ein Anzeigeverfahren für Regionalpläne zu ersetzen, verbunden mit einer Frist von höchstens drei Monaten. Grotefels lobte dies als eine zu begrüßende Verfahrensbeschleunigung. Eine Rechtskontrolle für die Regionalpläne sei je-

denfalls nach wie vor gegeben, wie auch die positiven Erfahrungen in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe zeigten. Dem stimmten auch von der Mühlen sowie Bernd Neffgen (Industrie- und Handelskammer) zu. Der Landkreistag, vertreten durch Dr. Andrea Garrelmann, betonte ebenfalls, das bisherige Genehmigungsverfahren bei Regionalplänen habe sich als „unangemessen und aufwendig“ gezeigt. Waldemar Bahr vom DGB Bezirk NRW forderte, das Verfahren müsse auf jeden Fall „rechtssicher“ sein und regte eine Unterscheidung je nach Größe an. Wachsende Unsicherheit insbesondere bei „großen Fällen“ und die Verlagerung der Rechtskontrolle in Gerichtsverfahren befürchteten auch die Vertreter der Naturschutzverbände.

Ein vierter Punkt betraf den Plan, die bislang verpflichtende Erörterung von vorgebrachten Anregungen seitens öffentlicher Stellen und Privatpersonen zukünftig nicht mehr als „zwingend“ aufzunehmen. Nach Auffassung von Sabine Jahn (Wirtschaftsverband Baustoffe-Naturstein) konnten durch Anhörungen bisher für viele Bedenken Lösungen gefunden werden. Sie befürchtete, dass in Zukunft die Auseinandersetzungen über gegenläufige Interessen vor Gericht enden würden. Dieser Argumentation schlossen sich auch der DGB sowie die Naturschutzverbände an. *cw*

+++ Meldungen +++

Neues Internetportal im Kulturausschuss vorgestellt

24. Februar 2010 – Über die Ziele des neuen, vom Land NRW finanzierten Internetportals „kulturkenner.de“ informierten sich die Abgeordneten im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD). Wie die Betreiber des Portals erklärten, solle „kulturkenner.de“ die Vielfalt der nordrhein-westfälischen Kulturlandschaft mit neuen, interaktiven Möglichkeiten des Internets erschließen. Das Portal informiert über Kulturangebote in den Genres Kunst, Bühne, Film, Musik und Literatur und ermöglicht den Nutzerinnen und Nutzern, gezielt nach Kulturterminen zu suchen und diese weiterzupfehlen. Wie Vertreter der Staatskanzlei im Ausschuss erklärten, verursache das Portal jährlich Kosten „im niedrigen sechsstelligen Bereich“ und solle auch dazu genutzt werden, die touristische Nachfrage zu stärken. Die Abgeordneten im Ausschuss zeigten sich skeptisch, ob es dem redaktionell betreuten Angebot tatsächlich gelingen könne, die kulturelle Vielfalt im Land, besonders auch abseits großer Kulturzentren, zu berücksichtigen. Die Betreiber allerdings betonten, dass „kulturkenner.de“ in Zukunft weiterentwickelt werden solle. So könnten Kulturanbieter bald selbst die Möglichkeit erhalten, Termine in das Portal einzustellen.

Leben mit Handicap: Diskussion und Forderungen im Ausschuss

24. Februar 2010 – Der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) hat Sachverständige hinzugezogen, um die Situation von Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen zu erörtern. Nachdem Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet habe, genüge es nicht, in NRW an einzelnen Stellschrauben zu drehen. Stattdessen forderten die Expertinnen und Experten ein gesamtgesellschaftliches Engagement und problematisierten, der Kostenvorbehalt stünde einem freien Wunsch- und Wahlrecht entgegen. Speziellen Handlungsbedarf sahen sie in der Aus- und Weiterbildung des medizinischen Personals, von der Hausärztin bis zum Krankenpfleger, um auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen vorzubereiten. Neben zwei Anträgen von Grünen und SPD, die

im Wesentlichen begrüßt wurden, stand auch die Überprüfung des Gesetzes über die Hilfen für Blinde und Gehörlose zur Debatte. Betroffene bilanzierten, das Blinden- und Gehörlosengeld sei zu niedrig angesetzt, und forderten eine umfassendere Übernahme von Dolmetscherkosten, um beispielsweise auch mittels Gebärdensprache studieren zu können. Sachverständige forderten zudem die Einführung eines eigenen Merkmals der Taubblindheit, da dies weitaus gravierender sei als die bloße Addition zweier Behinderungen.

Frostschäden: Verkehrsminister verspricht Besserung

4. März 2010 – Angesichts des kalten, harten und langen Winters, der den Straßen in NRW



erhebliche Frostschäden zugefügt hat, hat Verkehrsminister Lutz Lienenkämper (CDU) im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) ein „Anti-Schlagloch-Programm“ angekündigt. Man wolle, sobald das Wetter es zulasse, eine Bestandsaufnahme darüber machen, wie viele Schlaglöcher es gebe und wie tief sie seien, dann ausrechnen, was ihre Beseitigung koste und schließlich nach Finanzierungsmöglichkeiten suchen.

Hauptausschuss: Sondersitzung zum Parteisponsoring

25. Februar 2010 – Auf Antrag von SPD und Grünen beschäftigte sich der **Hauptausschuss**

(Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) mit der Frage einer „möglichen Verquickung von Regierungs- und Parteifunktionen beim Sponsoring von Veranstaltungen der CDU“. Übereinstimmung gab es zwischen Regierung und Opposition in der Bewertung, dass diese Frage die politische Kultur berühre, Unterschiede in der Bewertung der Angelegenheit. SPD und Grüne fragten nach, ob es einen Zugang zu Amtsträgern der Regierung gegen die Zahlung von Sponsorengeldern gebe. Zweitens wollten sie wissen, ob es nachweisbar sei, dass der Ministerpräsident und Parteivorsitzende davon nichts gewusst habe. In Übereinstimmung mit der Opposition bezeichnete als Vertreter der Regierung Europaminister Andreas Krautscheid die Briefe von einem Mitarbeiter der CDU-Geschäftsstelle mit dem in Rede stehenden Angebot als „indiskutabel“. Die Praxis sei aber eine andere gewesen: In den Sponsorenverträgen habe man weder Gesprächszusagen mit Mitgliedern der Landesregierung gemacht noch hätten solche Gespräche jemals stattgefunden. Es sei ein „Organisationsversagen“, für das der hier verantwortliche CDU-Generalsekretär die Verantwortung übernommen habe und zurückgetreten sei.

Schuldenbremse: Fraktionen werten Stellungnahmen aus

4. März 2010 – Soll eine Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert werden? Diese Frage diskutierten erneut die Fraktionen im **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU). Dort werteten sie ihre Erkenntnisse aus der öffentlichen Anhörung zum Thema aus. Am 16. Dezember hatten im Landtag externe Sachverständige

Stellung zum Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 14/10358) bezogen, die Schuldenbremse in die Verfassung aufzunehmen (ausführlicher Bericht in Ausgabe 1/2010). Während die CDU-Fraktion die Notwendigkeit der Schuldenbremse durch die Anhörung bestätigt sah, erklärte die SPD-Fraktion, eine Schuldenbremse in der Landesverfassung sei von den Sachverständigen vielmehr für kontraproduktiv gehalten worden. In seiner nächsten Sitzung am 18. März will der Hauptausschuss über eine Beschlussempfehlung an das Plenum entscheiden. Für die von CDU und FDP geforderte Verfassungsänderung ist eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Das Stadtsäckel ist leer

Warnung vor Überschuldung und Beschädigung der kommunalen Demokratie



Foto: Schälte

24. Februar 2010 – „Deprimierend“ sei die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden, so das fast einhellige Urteil der Sachverständigen im Kommunalausschuss (Vorsitz Edgar Moron, SPD). Auch wenn die Entwicklung der Landeszuschüsse in absoluten Zahlen gerechnet positiv sei: Relativ gesehen sei das kommunale „Kuchenstück“ kleiner geworden. Immer neue Aufgaben hätten über die Jahre hinweg zu einer Situation geführt, in der die Städte aus eigener Kraft nicht mehr handlungsfäh seien. Diskutiert wurde auf der Grundlage zweier Anträge von Grünen (Drs. 14/9063) und SPD (Drs. 14/10021), und gefordert wurde eine Neuaufteilung von Aufgaben und Steuern von Bund, Ländern und Gemeinden.

„Die kommunale Finanzlage ist bitterernst.“ Dr. Gisela Färber (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer) brachte auf den Punkt, was Kämmerer und andere Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Gemeinden dem Ausschuss berichteten. Ihr Fazit vorweg: Angesichts der desaströsen finanziellen Lage würden bloße Korrekturen nicht viel weiterhelfen, notwendig sei eine Neuordnung der kommunalen Finanzlage. In naher Zukunft könnten nur noch rund 10 Prozent der Kommunen ihre Bilanz ausgleichen, alle anderen seien auf dem Weg in massive Verschuldung bis hin zur Überschuldung, erläuterte Claus Hamacher vom Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen. Damit sei dies nicht nur ein Problem eines kleinen Teils der Städte und Gemeinden, somit keine „Gespensterdebatte“, pflichtete

Dr. Dörte Diemert vom Städtetag NRW bei. Es handle sich um ein strukturelles Problem, das gemeinsame Lösungen erfordere. Und es werde weitergehen, 2010, 2011 und 2012, bis es dann auch die Kreisebene erreiche, warnte Dr. Christian von Kraack vom Landkreistag NRW.

„Sie stehen vor einem Flächenbrand“, prophezeite Dr. Johannes Slawig, Stadtkämmerer der Stadt Wuppertal. Die strukturelle Unterfinanzierung drohe nicht nur, sie sei vielfach schon eingetreten. Dies bedeute, dass selbst die Pflichtaufgaben nicht mehr aus eigener Kraft zu bewältigen seien; von freiwilligen Leistungen könne erst recht keine Rede mehr sein. Wenn aber die gewählten Stadträte de facto keine Entscheidungsmöglichkeiten mehr hätten, dann sei dies ein fundamentales Problem der kommunalen Demokratie.

Slawig und seine Kollegen Uwe Bonan (Mülheim an der Ruhr), Christoph Gerbersmann (Hagen), Dr. Manfred Busch (Bochum) und Lars Kliewe (Essen) erläuterten ihre Schuldenlage, die durchweg jeweils im dreistelligen Millionenbereich liege. Bochum müsste zum Beispiel 65 Jahre lang jeweils 10 Millionen Euro Gewinn erwirtschaften, um seine Kredite zurückzuzahlen. In Hagen würde dies – bei einer Neuverschuldung von 0 Euro jährlich – insgesamt sogar 120 Jahre dauern. Überschuldung bedeute eben, dass man nicht mehr dem Bürger, sondern den Banken gehöre, so Kliewe. Und dass man von der Kommunalaufsicht nicht mehr nur „an der kurzen Leine, sondern am Halsband“ geführt werde. Es sei schwierig bis unmöglich, den Bürgerinnen und Bürgern Verzicht und Eigenleistung abzuverlangen, wenn „kein Licht am Ende des Tunnels erkennbar“ sei, so Gerbersmann.

SYSTEMRELEVANT

Die Kämmerer forderten übereinstimmend eine strukturelle Reform, kombiniert mit einem Entschuldungsfonds für die Altschulden. Der Handlungsbedarf sei groß, versicherten sie, da sie alle mit steigenden Zinsen für die aufgenommenen Kredite rechneten. Weitgehend einig waren sie sich in der Analyse der Ursachen: zusätzliche Aufgaben, insbesondere im Sozialen, die Bund und Land den Kommunen auferlegt hätten, ohne für die entsprechende Finanzierung zu sorgen. Damit würde das sogenannte Konnexitätsprinzip („Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch“) massiv verletzt. Hilfen von Bund und Land seien notwendig, sie sollten die eigenen Anstrengungen der Kommunen belohnen, meinte ebenso Diemert. Allerdings warnte sie, dass man dadurch nicht die Städte bestrafen dürfe, die solide gewirtschaftet hätten.

Dr. Stephan Wimmers (IHK NRW) regte an, die Gemeindefinanzen sollten nicht auf einer doch sehr konjunkturabhängigen Gewerbesteuer basieren. Für die Freie Wohlfahrtspflege und den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband warnte Dr. Uwe Becker, Kürzungen der freiwilligen Leistungen der Kommunen träfen vor allem Menschen an der Armutsgrenze sowie Kinder und Jugendliche. Gerade letzteres könne zu neuen sozialen Problemen bzw. Kriminalität und daraus resultierenden Folgeausgaben führen.

In die gleiche Richtung argumentierten auch die Vertreter der Gewerkschaften Guntram Schneider (DGB NRW), André auf der Heiden (ver.di) und Roland Staudé (dbb nrw): Auch Kommunen seien „systemrelevant, da die Menschen dort leben“, meinten sie. cw

BdV-Präsidentin Erika Steinbach zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion

„Vertrieben, aber nicht vergessen – Erinnerung lebendig halten“: Unter diesem Titel haben über 900 Bürgerinnen und Bürger bei einem Werkstattgespräch der CDU-Landtagsfraktion in der Düsselorfer Rheinterrasse mit der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, diskutiert. Dabei lobte Steinbach die Vertriebenenpolitik der schwarz-gelben Koalition im bevölkerungsreichsten Bundesland: „Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat nicht nur Versprechungen gemacht, sondern ihre Ankündigungen auch weitestgehend umgesetzt.“ Der CDU-Landtagsfraktion dankte sie in diesem Zusammenhang ausdrücklich dafür, dass sie sich für den Erhalt des Westpreußischen Landesmuseums in Münster und für die Erarbeitung einer Lehrerhandreichung zum Thema



Flucht und Vertreibung eingesetzt habe.

Allgemein erinnerte sie daran, dass sich in der Vergangenheit CDU und CSU stets als „stabile Partner für die Vertriebenen“ erwiesen hätten. Im Hinblick auf die Zukunft müsse es vor allem gelingen, so Steinbach, das Schicksal der Vertriebenen als Teil einer gesamtdeutschen Kultur zu bewahren und insbesondere jungen Menschen zu vermitteln. Horst Westkämper, Beauftragter der CDU-Landtagsfraktion für Heimatvertriebene und Spätaussiedler (Foto), teilt diese Einschätzung: „Das hohe Interesse an dem Werkstattgespräch hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig das Thema Flucht und Vertreibung ist. Die CDU-Landtagsfraktion wird sich daher auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Erinnerung an das Schicksal

der Vertriebenen im Geiste der Versöhnung lebendig bleibt.“

Westkämper verweist insbesondere darauf, dass die Mittel für die Kulturförderung der Vertriebenen nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz in den vergangenen fünf Jahren deutlich erhöht wurden. „In der langsam zu Ende gehenden Legislaturperiode sind dabei insgesamt mehr als 10 Millionen Euro zusammengekommen. Ich finde, das kann sich durchaus sehen lassen“, so der CDU-Mann. Zudem erinnert er an die Anordnung zur Beflaggung anlässlich des „Tages der Heimat“, die inzwischen wieder für alle Landesbehörden und nachgeordneten Dienststellen gelte, sowie die Anstrengungen zur Sanierung der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg. Auf diesen Fortschritten, so Westkämper, wolle man sich allerdings nicht ausruhen: „Wir werden auch in der kommenden Legislaturperiode konsequent und tatkräftig an einer erfolgreichen Vertriebenenpolitik weiterarbeiten.“ ■

Engel fordert „Masterplan Schwarze Null“



Mehr als 250 Kommunalpolitiker diskutierten auf Einladung der FDP-Fraktion im Landtag über Wege zum Wiederaufbau der Kommunal Finanzen. Nicht zuletzt wegen der Wirtschaftskrise sind die Handlungsspielräume zahlreicher Städte und Gemeinden in NRW erheblich eingeschränkt, etliche befinden sich in der Haushaltssicherung. Unter dem Titel „Masterplan Schwarze Null“ hatten die Fraktion und ihr kommunalpolitischer Sprecher,

Horst Engel, zu der Veranstaltung eingeladen. Neben Innenminister Ingo Wolf gaben Georg Lampen, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler NRW, Frank Jahnke, Kämmerer aus der Stadt Düsseldorf, Magnus Staehler, Ex-Bürgermeister von Langenfeld und Heiner Seier, Bürgermeister der Gemeinde Reken, Best-Practice-Beispiele zur Haushaltskonsolidierung.

Engel fordert einen Mentalitätswechsel in den Städten und Gemeinden: „Vielfach herrscht die fatale Wahrnehmung in den Kommunen ‚die Mittel werden bereitgestellt‘. Dies hat häufig zur Verschuldung beigetragen. Wir müssen aber zur Einstellung gelangen: ‚Sparen ist eine Tugend‘.“ In den Kommunen müsse ein breiter Diskurs auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen geführt werden, wie künftig gespart werden könne. „Alle Vorschläge müssen in einen Masterplan

einfließen“, sagte Engel. Innenminister Wolf unterstrich: „Die Landesregierung wird sich beim Bund für eine bessere Finanzausstattung der Städte und Kreise im Hinblick auf die Sozialkosten einsetzen, die die kommunale Familie in NRW besonders belasten.“

Während Georg Lampen sich dafür aussprach, die konjunkturenfallige Gewerbesteuer gegen einen höheren Anteil an der Umsatz- und Einkommensteuer zu ersetzen, empfahl Magnus Staehler einen Schulterchluss zwischen Verwaltung, Politik, Vereinen und Unternehmen: „Das Wissen der Verwaltung muss genutzt werden, damit alle gemeinsam den Karren erfolgreich aus dem Dreck ziehen.“ Heiner Seier hob die Bedeutung niedriger Personalkosten hervor und Frank Jahnke berichtete, dass insbesondere die Budgetierung mit klaren Einsparvorgaben für alle Fachbereiche Düsseldorf auf den Konsolidierungspfad gebracht habe. Die Veranstaltung war der Auftakt der FDP-Fraktion, um im Dialog mit Kommunalpolitikern Strategien für die Sanierung der kommunalen Haushalte zu entwickeln. ■



Fraktionen

„Da sein – für die Menschen“ – Kommunale Versorgungsstrukturen nachhaltig sichern



Die Menschen in unserem Land haben ein Recht auf ein breites Spektrum an Leistungen der Daseinsvorsorge, das sich durch hohe Qualität und erschwingliche Preise auszeichnet. In Nordrhein-Westfalen werden viele dieser Leistungen seit langem von Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Verbänden und Organisationen in öffentlicher Trägerschaft angeboten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen sicher, dass gemeinwohlorientierte Dienstleistungen für jede Bürgerin und jeden Bürger zugänglich sind und diese auch flächendeckend erbracht werden. Auf diese Weise tragen die Kommunen mit ihren Unternehmen zu einer funktionierenden sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur bei.

Mit ihrer Ideologie des „Privat vor Staat“ haben CDU und FDP in NRW die wirtschaft-



liche Betätigung der Städte und Gemeinden massiv eingeschränkt. Die Folge ist, dass viele kommunale Unternehmen keine neuen Geschäftsfelder mehr erschließen dürfen. Damit droht ihnen langfristig das Aus. Gewinne werden also privatisiert, verlustreiche Aufgaben der Daseinsvorsorge dagegen allein der Allgemeinheit aufgebürdet. Hinzu kommt, dass die schwarz-gelben Privatisierungen eben nicht zu mehr Verbraucherrechten, preisgünstigeren

Angeboten, höherem Qualitätsniveau und einem flächendeckend guten Angebot geführt haben. Häufig ist das genaue Gegenteil der Fall: Wenn wenige große Unternehmen die Märkte beherrschen, bleiben Angebotsvielfalt und Wahlfreiheit für die Verbraucher häufig auf der Strecke.

Die SPD im Düsseldorfer Landtag will die Diskriminierung kommunale Unternehmen stoppen und hat den Antrag „Da sein – für die Menschen – Kommunale Versorgungsstrukturen nachhaltig sichern“ in den Landtag eingebracht (Drs. 14/10732). Die Städte und Gemeinden sollen wieder unter fairen Bedingungen am Wettbewerb teilnehmen können. Die Kommunalwirtschaft in NRW braucht Chancengleichheit, zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger. ■

Die Räuber in Schwarz-Gelb



Als ein Renner erweist sich die Bilanz, in der die Grüne Landtagfraktion schonungslos mit der schwarz-gelben Landesregierung unter Ministerpräsident Rüttgers und seinem Stellvertreter Pinkwart abrechnet. Das „Trauerspiel in sieben Akten“ zeigt knapp und präzise auf, was CDU und FDP in NRW in zentralen Feldern der Landespolitik angerichtet haben. Sylvia Löhrmann, MdL, Vorsitzende der Grünen Fraktion: „Da geht es etwa um die triumphierende Kohlelobby, geschockte Eltern, genervte Talente, trauernde Demokraten, geplünderte Städte und Gemeinden, um Schwache, die im Regen stehen gelassen werden, um Mensch und Natur, für die Schwarz-Gelb nichts übrig hat.“

Die Bilanz enthält auch einen Grünen Gegenentwurf, wie NRW mit nachhaltigen Schritten und gezielten Investitionen in ein ‚☺ Land des Lächelns – Ganz in Grün ☺‘ verwandelt werden kann.

Die Broschüre war nach wenigen Wochen vergriffen. Nun wird sie nachgedruckt und demnächst wieder über die Pressestelle unter gruene-pressestelle@landtag.nrw.de zu bestellen. ■



Die Weichen stellen

Experten beraten die Zukunft des Nahverkehrs

Foto: Schälte

25. Februar 2010 – Auf der Grundlage eines Antrags der Grünen-Fraktion, die ein „Zukunftskonzept 2025 für Busse und Bahnen im Land NRW“ fordert (Drs. 14/10016) haben Sachverständige heute die Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in NRW beraten. Um den „Kollaps“ der öffentlichen Verkehrsmittel zu vermeiden, müssten ausreichende Finanzmittel sichergestellt werden, forderten die Sachverständigen. So fielen immer wieder die gleichen Schlagwörter: Bundes- und Landesmittel, Infrastruktur, Schülerbeförderung und Wettbewerb.

Darüber, dass nur ein langfristiges Zukunftskonzept helfen könne, den Nahverkehr aus seiner schwierigen finanziellen Lage zu befreien, waren sich die Experten im Wesentlichen einig. Man stehe vor gewaltigen Herausforderungen angesichts erheblicher Kürzungen der letzten Zeit, meinte etwa Walter Reinarz vom Verband deutscher Verkehrsunternehmen NRW. Eine Verstetigung der Finanzierung hielt er ebenso wie die anderen Experten für nötig, um dem Investitionsrückstau beikommen zu können. Gerade Kommunen mit leeren Kassen könnten nicht investieren, da sie, um die Landesförderung zu bekommen, selbst 15 Prozent der Kosten tragen müssten, erklärte Martin Husman vom Zweckverband Rhein-Ruhr und schlug vor, über eine reine Landesförderung ohne kommunale Beteiligung nachzudenken. Eine solche Änderung könne man auch kurzfristig über das ÖPNV-Gesetz des Landes erreichen.

Eine wesentliche Ursache der mangelnden Finanzierung sahen viele Sachverständige in den Mitteln, die das Land den Verkehrsverbänden und -unternehmen für die Schülerbeförderung zahle. Reinarz hielt diese zwar grundsätzlich für ein „vernünftiges Instrumentarium“. Allerdings sei dies zu einem Spielfeld der Finanzpolitiker geworden, seitdem die Höhe dieser Mittel gekürzt und nicht mehr an den tatsächlichen Bedarf angepasst werde. Im ländlichen Raum, wo die Gruppe der Schülerinnen und Schüler teilweise bis zu 50 Prozent der Fahrgäste aus-

machten, sei dies ein besonderes Problem, erklärte beispielweise Gerhard Schmier von der Märkischen Verkehrsgesellschaft. Aus den Schülerbeförderungsmitteln, die einen Großteil der Einnahmen ausmachten, müsse man nämlich im Wesentlichen auch den sonstigen Busverkehr bestreiten. Werner Linnenbrink von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft beschrieb einen Teufelskreis, der eintrete, wenn aufgrund der demographischen Entwicklung die Schülerzahl und damit dann nochmals die entsprechenden Landeszahlungen abnähmen: Wenn man mit geringeren Schülerbeförderungsmitteln das heutige Gesamtangebot nicht aufrechterhalten könne, blieben Fahrgäste weg. Und wenn Fahrgäste ausblieben, müsse man das Angebot (weiter) verkleinern. Zumindest gelte es, die Finanzausstattung für Busse in Höhe von 130 Millionen Euro pro Jahr, wie sie im ÖPNV-Gesetz ab 2012 vorgesehen sei, dauerhaft zu sichern, forderten unter anderem die Kommunalen Spitzenverbände und Burkhard Bastisch (Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe).

BENACHTLIGUNG?

Ebenfalls in der Kritik der Experten stand die ihrer Meinung nach ungerechte und zu geringe Zuteilung von sogenannten Regionalisierungsmitteln durch die Bundesebene. Bei der Aufteilung dieser Gelder für den Nahverkehr be-

komme Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zur Einwohnerzahl viel zu wenig ab, während andere Bundesländer bevorteilt würden. Eine faire und transparente Revision der Verteilung der Regionalisierungsmittel hielten die Sachverständigen daher für unbedingt erforderlich. Überhaupt müsse man die zur Verfügung stehenden Mittel effizienter einsetzen, ergänzte Iko Tönjes vom Verkehrsclub Deutschland NRW. Die hohen Summen für Großprojekte könne man besser für ein kundennahes Angebot verwenden.

Auch der Wettbewerb auf der Schiene war ein Thema der Anhörung. Bastisch, der darin Vorteile wie auch Risiken sah, berichtete, dass im Zuge der Finanzkrise weniger Wettbewerber daran interessiert seien, eine bestimmte Strecke zu bewirtschaften. Die Auswahl werde geringer, und mit geringerem Wettbewerb stiegen die Preise, die die Nahverkehrsverbände den Wettbewerbern zahlen müssten. An diesem Punkt hakte Stefan Pfeifer vom Deutschen Gewerkschaftsbund NRW ein. Der Wettbewerb, kritisierte er, werde vorrangig über die Löhne und Gehälter der Beschäftigten geführt. Trotz Lohnneinbußen von 15 Prozent, die Tarifbeschäftigte hinnehmen müssten, heiße es bei den Verkehrsunternehmen noch immer, mit solchen Löhnen und Gehältern sei man nicht wettbewerbsfähig. „Können die Bewerber überhaupt einen ordentlichen Betrieb sicherstellen?“, fragte Tönjes mit Blick auf den schlechten Zustand von Bahnstationen.

SOW

Porträt: Edgar Moron (SPD)



„Ich geh‘ lieber freiwillig, bevor die Leute fragen, was will der alte Kerl da noch.“ Edgar Moron, Landtagsvizepräsident, Vorsitzender der SPD-Fraktion von 2000 bis 2005, Abgeordneter seit 1990 und zumindest landespolitisches rotes Urgestein, findet, nun sei es genug. „Mein Lebensalter sagt mir deutlich, ich soll das Mandat Jüngeren überlassen“, er will nach der Landtagswahl mehr Zeit mit Frau, Kindern und den beiden Enkeln verbringen, häufiger die Ferienwohnung in Südtirol aufsuchen, um dort zu wandern und Mountainbike zu fahren sowie seinen Hobbys Fotografieren und Briefmarken sammeln nachzugehen.

In zwei Jahrzehnten als Sozialdemokrat im Landesparlament hat Moron alles erlebt und mitgemacht: unter Ministerpräsident Johannes Rau die absolute Mehrheit, als sich die SPD-Fraktion oft bis in die Nacht um den richtigen Weg stritt, unter Rau und seinen Nachfolgern Wolfgang Clement und Peer Steinbrück die rot-grüne Koalition, die immer wieder mal auf der Kippe stand und unendlich schwierige und langwierige Abstimmungsprozesse erforderte. Die letzten fünf Jahre dann auf der harten Oppositionsbank und dem vergleichsweise bequemen Sessel des Vizepräsidenten, ein, wie er selbst sagt, „weniger anstrengender Ausklang“.

In den 20 Jahren haben sich nicht nur die Mehrheitsverhältnisse im Landtag verändert, auch die heutige Atmosphäre unterscheidet sich erheblich vom Klima in den 90er-Jahren. „Früher war es kumpelhafter“, sagt Moron, man habe auch außerhalb der Sitzungen mal zusammengesessen, um ein Bier zu trinken. Und wenn Loke Mernizka, schwerstgewichtiger SPD-Abgeordneter aus dem Siegerland, seine Gitarre dabei hatte, dann wurden in der legendären „Kaffeeklappe“ Arbeiter- und Studentenlieder gesungen.

Am stärksten beeindruckt war Moron in seiner langen Parlamentszugehörigkeit von Johan-

nes Rau, „er war sowohl menschlich wie politisch eine herausragende Persönlichkeit“. Auch in den anderen Parteien fand er Politiker, die einen nachhaltigen Eindruck auf ihn gemacht haben, etwa den Sozialpolitiker Hermann-Josef Arentz oder den Verkehrspolitiker Heinz Hardt bei der CDU, Jürgen Möllemann von der FDP, der trotz mancher Schwächen eine „ganz besondere Person“ gewesen sei, oder Michael Vesper von den Grünen, mit dem es immer zu diskutieren gelohnt habe. Moron selbst hatte seinen beeindruckendsten und nachhaltigsten Auftritt im Parlament am 13. November 2008 in einer Debatte über den angeblichen Flirt der SPD mit der Linkspartei. In einer fulminanten Rede wies er die Vorwürfe zurück, die Sozialdemokraten verrieten ihre Grundsätze. „Noch heute erhalte ich E-mails zu dieser Rede“ und selbst Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), der an der Sitzung nicht hatte teilnehmen können, ist später auf Moron zugegangen und hat ihm ein Kompliment für die „tolle Rede“ ausgesprochen.

Zur Politik gefunden hat der in Berlin aufgewachsene Moron durch seine Schulleiterin, eine von den Nazis verfolgte Sozialdemokratin, die im KZ Sachsenhausen gesessen hatte. Sie hat sein Interesse geweckt und mit dazu beigetragen, dass er in Berlin Politik- und Sozialwissenschaften studierte, „sehr zum Unwillen meiner Mutter, der etwas Seriöses lieber gewesen wäre“.

Mit der SPD hatte der junge Student nicht viel am Hut, sie war ihm in Berlin in der Zeit der Studentenproteste schlicht zu rechts. Erst als er 1970 einen Job bei der Bundeszentrale für politische Bildung in Köln antrat, traf er am Rhein auf eine andere, offenere, tolerantere Partei. Ein erster Versuch, in den Bundestag gewählt zu werden, ging schief. In der schwarzen Eifel hatte der rote Moron keine Chance. Doch vor der Landtagswahl 1990 brauchte die SPD einen Kandidaten für den südlichen Rhein-Erft-Kreis, wo Moron wohnt, und er holte das Mandat im ersten Anlauf.

An seine erste Rede kann sich Moron noch ebenso gut erinnern wie an seine wichtigste, damals ging es um Ausländerpolitik und die anstehende Ausweisung einer großen Gruppe von Sinti und Roma. Der erste Auftritt am Rednerpult des Plenarsaals war vor allem deswegen schwierig, weil die SPD damals nicht so recht wusste, wie sie mit dem Problem umgehen sollte. Es gab erhebliche Differenzen zwischen dem damaligen Innenminister Herbert Schnoor und Sozialminister Hermann Heinemann. „Auf jeden Fall bin ich für die Rede gelobt worden“, grinst Moron beim Rückblick, obwohl die eigentliche politische Botschaft nicht durchschimmerte. Aber das soll ja heute noch gelegentlich bei Landtagsreden nicht anders sein ... *Peter Jansen*

„Luxuslärm“ im Landtag

Jungwählerveranstaltung 2010

Musik, Infos und vor allem ein Parteien-Check für junge Wählerinnen und Wähler: Der Landtag NRW und die Landeszentrale für politische Bildung laden ein zur **Wahl-O-Mat-Party** am Samstag, 17. April 2010, ab 16.00 Uhr. Im Düsseldorfener Landtag spielt die bekannte Rockband „Luxuslärm“, Olli Briesch von 1Live moderiert. Abgeordnete der im Landtag vertretenen Parteien werden interviewt und den Wahl-O-Mat starten. Außerdem gibt es reichlich Infos zur bevorstehenden Landtagswahl am 9. Mai 2010. An Laptops kann man den frisch gestarteten „Wahl-O-Mat“ der Landeszentrale für politische Bildung testen und herausfinden, welche Partei den eigenen politischen Vorstellungen nahekommst.

„Luxuslärm“ im Landtag – besondere Ereignisse erfordern besondere Musik. Die Gewinner der „EinsLive-Krone“ haben sich ebenso wie die Schüler-Hiphop-Band „Bickmack“ bereit erklärt, die Veranstaltung zu unterstützen.

Die Veranstaltung soll auf die Bedeutung einer hohen Wahlbeteiligung hinweisen. Die Kooperationspartner des Wahl-O-Mat-Projekts, Landes- und Bundeszentrale für politische Bildung sowie Landesjugendring, sind mit Infoständen vertreten.

Der Landtag vergibt an die ersten 200 Rückmeldungen Karten für die Wahl-O-Mat-Party. Sie sind zwischen 18 und 28 Jahre alt? Dann genügt eine Mail mit Namen, Adresse und Geburtsdatum an presse@landtag.nrw.de. Pro Person gibt es ein Ticket. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christof Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeit: Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw) Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw) Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,

Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,

www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 10. bis zum 23. März 2010

11.3. Palmen, Manfred (CDU)	65
11.3. Schroeren, Michael (CDU)	64
14.3. Krauskopf, Annegret (SPD)	66
15.3. Tenhumberg, Bernhard (CDU)	54
15.3. Watermann-Krass, Annette (SPD)	53
16.3. Römer, Norbert (SPD)	63
16.3. Wißen, Bodo (SPD)	36
17.3. Koschorreck, Elisabeth (SPD)	58
19.3. Kress, Karl (CDU)	65
20.3. Peschkes, Hans Theo (SPD)	63
22.3. Gebhard, Heike (SPD)	56
22.3. Schäfer, Ute (SPD)	56
22.3. Stüttgen, Gerd (SPD)	44
22.3. Wiegand, Stefanie (SPD)	41

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

14.3. Dr. Worms, Bernhard (CDU)	80
14.3. Böcker, Manfred (SPD)	70
23.3. Denzer, Karl Josef (SPD)	85

Verstorben

16.2. Franz Berding (CDU), MdL 1954-1969, 1966 Vizepräsident des Landtags, anschließend Mitglied der Landesregierung

3.3. Albert Falke (CDU), MdL 1962-1980

Termine

15.-22.3.2010 Fair Flowers – Mit Blumen für Menschenrechte
Zahlreiche Schnittblumen kommen gerade im Winter aus afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern, wo auf Blumenfarmen oft zu Niedriglöhnen und gesundheitsgefährdenden Bedingungen gearbeitet wird. Die Ausstellung „fair flowers“ zeigt Handlungsalternativen.

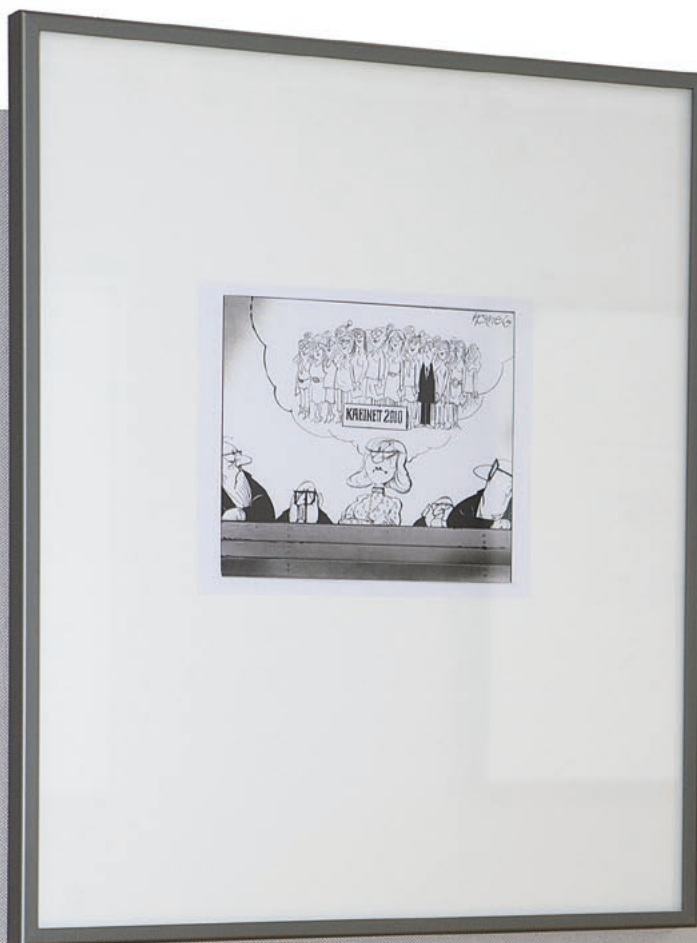
22.3.-16.4.2010 Ausstellung zum Projekt ewoca3
Das Ziel von ewoca3 ist der Aufbau eines NRW-weiten Netzwerks von Jugendeinrichtungen, die sich international engagieren. Es unterstützt Partnerschaften mit je einem Partner aus West- und Osteuropa. Der Landtag unterstützt diese Initiative.

Nächste Ausgabe von **Landtag Intern**: 24. März 2010.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden vor der Plenarsitzung ein: am 11. März 2010 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Mit spitzer Feder

Karikaturen sollen Menschen mit Witz zum Nachdenken bringen und ihnen hin und wieder „Beine machen“, die Verhältnisse zu ändern. Sie zeigen ein Zerrbild der Wirklichkeit, um durch Übertreibung und Zuspitzung auf Besonderheiten, Absurditäten sowie auf Missstände aufmerksam zu machen. Die häufig sarkastisch-ironische Darstellung von gesellschaftlichen wie auch politischen Zuständen hat nicht erst in unseren Tagen einen festen Platz im Journalismus. Dies zeigt eine aktuelle Ausstellung im Landtag, die von Landtagspräsidentin Regina van Dinter am 23. Februar 2010 eröffnet wurde. Sie stellt Werke des bekanntesten Karikaturisten des 19. Jahrhunderts, Honoré Daumier (1808-1879) und zeitgenössische Zeichnungen von Walter Hanel (geb. 1930) gegenüber. Daumier nahm die bürgerliche Gesellschaft seiner Zeit und ihre Würdenträger, sei es Adel oder Bourgeoisie, mit spitzer Feder aufs Korn und maß sie an den Ansprüchen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit der französischen Revolution. Walter Hanel gilt als einer der führenden Karikaturisten unserer Zeit, der sich in der demokratischen Gesellschaft und aus seiner Sicht mit den Fragen von Macht, Recht, Gerechtigkeit und politischer Kultur beschäftigt. Die Ausstellung ist noch bis zum 19.03.2010 in der Wandelhalle zu sehen.

Foto: Schälte